

## **Rentenpolitik in Thüringen: 1.250 Euro Mindestrente für ein würdevolles Alter**

Thüringer Linke startet Petition für eine Mindestrente von 1.250 Euro, um Altersarmut zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

Erfurt. Der Diskurs über Rentenpolitik gewinnt in Thüringen zunehmend an Bedeutung, insbesondere angesichts der aktuellen Diskussionen im Landtagswahlkampf. Die Thüringer Linke hat eine Petition initiiert, um eine grundlegende Reform der Altersvorsorge anzustoßen und das Leben vieler Menschen zu verbessern.

### **Forderungen der Linken**

Die Thüringer Linke strebt eine gesetzliche Mindestrente von 1.250 Euro pro Monat an, um den finanziellen Anforderungen von Rentnern gerecht zu werden. „Menschen, die wegen niedriger Löhne, Krankheit oder Erwerbslosigkeit in prekären Verhältnissen leben mussten, haben einen Anspruch auf ein würdevolles Leben im Alter“, betont die Partei in ihrer Petition, die sich an den Bundestag richtet. Um in eine öffentliche Sitzung des Petitionsausschusses aufgenommen zu werden, plant der Landesverband, 30.000 Unterschriften zu sammeln.

### **Reformen für ein gerechteres Rentensystem**

Ulrike Grosse-Röthig, die landespolitische Vorsitzende, und Ministerpräsident Bodo Ramelow haben bereits ihre Unterschrift unter die Petition gesetzt. Die Hauptforderungen umfassen nicht

nur die Einführung einer Mindestrente, sondern auch die Etablierung einer Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, einschließlich Selbstständiger, Beamter und Politiker. Momentan sind Selbstständige oft privat rentenversichert, was zu Ungleichheiten führt. Um eine gerechtere Grundlage zu schaffen, soll auch das Einkommen aus Zinsen und Pachten in die Berechnung einfließen.

## **Schwierigkeiten im Rentensystem**

Aktuell hat Thüringen die niedrigste Durchschnittsrente in Deutschland. Nach den neuesten Angaben des Bundesarbeitsministeriums lag die Medianrente für Menschen mit mindestens 40 Versicherungsjahren bei 1.366 Euro pro Monat. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit der Forderungen der Linken, die auch eine zeitnahe Angleichung der Renten in Ost und West sowie eine Fortsetzung der Umrechnung der Ostlöhne bis zum Jahr 2030 anstreben.

## **Politische Resonanz**

Die Rente ist zwar ein zentrales Thema für die Linke, aber auch andere Parteien im aktuellen Landtagswahlkampf thematisieren die Rentenhöhen. Die SPD unterstützt beispielsweise die Idee eines jährlichen Weihnachtsgeldes von 500 Euro für Empfänger der Grundrente, um denjenigen mit besonders niedrigen Altersbezügen entgegenzukommen. Eine andere Gruppe, das Bündnis um Sahra Wagenknecht, hat gefordert, das österreichische Modell höherer Renten zu übernehmen, welches eine umfassendere Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Rentenkasse vorsieht. In Österreich zahlen alle Erwerbstätigen, einschließlich Staatsbediensteter, in die gesetzliche Rentenkasse ein, was zur Stabilität des Rentensystems beiträgt.

Die vorliegenden Forderungen und Initiativen im Bereich der Rentenpolitik sind nicht nur entscheidend für die persönlichen Lebensumstände der älteren Bevölkerung in Thüringen, sondern stellen auch einen Test für die politische Umsetzung von

sozialen Reformen dar.

dpa

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**